

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Kassen
Post ins Ganze monatlich 60.00 Mark.
Abonnenten nehmen die Anzeigen
und die Anzeigen die Postanstalten
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Vertrieb: Anstalt Nr. 53.
Telegraphen: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise
bestimmen sich nach der Anzahl der
Zeilen und der Zeit, wozu sie
angegeben sind. — Anzeigen, die
nicht innerhalb der Zeit, wozu sie
angegeben sind, entfallen.

Nr. 222

Freitag, den 22. September 1922

17. Jahrgang

Die Einigung der Sozialdemokraten.

[Von unserem Berliner Mitarbeiter.]

Augsburg, 21. September. Der Parteitag in Augsburg hat heute unter großen Begeisterungsbildungen die Vereinigung mit den Unabhängigen einstimmig beschlossen. Für den Einigungsparagrafen in Nürnberg wurden 141 Delegierte gewählt. Gleichzeitig fand ein Antrag Annahme, der im Interesse des Ansehens und der Werbekraft der sozialdemokratischen Partei für die Zukunft jedes Zusammengehens mit den Kommunisten ablehnt, solange die Kommunisten nicht bereit sind, sich bedingungslos für die Erhaltung der Republik einzusetzen und auf jede anfechtliche, beschimpfende und verleumdende Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie verzichten.

Der Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie in Augsburg hat einstimmig das neue Organisationsstatut für die Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands sowie das Einigungsprogramm angenommen. Das war zu erwarten. Die Schwierigkeiten der Einigung lagen von vorn herein in der Unabhängigen Partei. Wer jedoch den Bericht über die Eröffnungsfeierung liest, der kann kaum im Zweifel darüber sein, daß man auch in Gera die Einigung beschließen wird. Ledebour und Rosenfeld werden zwar grimmige Wenden haben, aber ihre Gedächtnisse über die harte Tatsache nicht hinwegtäuschen, die der Vorsitzende der Kontrollkommission der U.S.P. in den Worten ausdrückte: Arm aber ehrlich! Die U.S.P. hat zwar nur zehntausend organisierte Mitglieder verloren, im Gegensatz zu den Mehrheitssozialisten, die einen vierfachen größeren Verlust haben, aber die Klassen der U.S.P. sind völlig geleert. Die richtigen Anforderungen, die jetzt ein Parteiapparat stellt, wären einfach nicht mehr zu leisten. Diese Einsicht der führenden Herren der U.S.P. ist einfach entscheidend für den Einfluß, die U.S.P. zu liquidieren. Es handelt sich ja nur dem Namen nach um eine Einigung, in Wahrheit geht die U.S.P. in der S.P.D. auf. Es ist keine Einigung, sondern eine Auflösung. Aber die Mehrheitssozialisten sind klug genug, den Unabhängigen den Schein einer Einigung zu lassen. Das neue Organisationsstatut ist so beschaffen, daß man die radikale Bruderpartei ohne sonderliche Verdauungsbeschwerden überführen kann. Von den drei Vorstehenden, den drei Kassierern und den sonstigen Funktionärsposten soll die U.S.P. immer ein Drittel bekommen. Sie wird also regelmäßig und überall in der Minderheit sein. Das Schema erinnert lebhaft an gewisse industrielle Zusammenlegungen, wo man Konkurrenzfirmen aufkauft und ihren Leitern dann eine Beteiligung in der neuen Gesamtdirektion gibt, mit der sie unendlich Schaden anrichten können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Ledebour und Rosenfeld in Gera noch sehr eingehend auf die Art der Fusion hinwirken werden. Viel helfen dürfte das ihnen aber auch nicht. Ledebour wird keine U.S.P. aufricht erhalten können und Dr. Rosenfeld wird kaum jemals einen wirklichen Parteiführer abgeben. Welche kommen allerdings in eine völlig isolierte Stellung. Sie sind ziemlich ausgeprägt gegen den Kommunismus eingestellt. Rosenfeld war einer der Verteidiger der angelegten Sozialrevolutionäre in Russland, und Ledebour hatte von vorn herein die Schwärzung in das Moskauer Lager bekämpft, die die Hälfte der Partei in Gera vollzog. Er gehörte nicht zu der inzwischen reumütig zurückgekehrten kommunistischen Arbeitsgemeinschaft. Diese wird übrigens jetzt zum großen Teile mit aufgenommen. Die neue Partei der vereinigten Sozialisten wird also politisch sehr unterschiedlicher Anschauung umfassen. Neben Paul Venz, dem vorläufig noch nicht endgültig ausgeschlossenen Stinnes-Medakteur, wird Paul Levi sitzen, der konsequent von der S.P.D. über die S.D.G. zur U.S.P. sich entwickelt hat und nun in der U.S.P. Unterjochung finden wird. Neben Göhre, dem sozialistischen Kriegsminister und letzten preussischen Staatssekretär wird der alte Sturmgelächter Geher sitzen, der in Halle sich unter besonderer Aufregtheit auf die Moskauer Seite schlug. Südekum und Adolf Hoffmann werden auch wieder Parteigenossen und so findet sich manches wieder, was sieben Jahre hindurch im grimmigen Bruderkrieg lebte. Hermann Müller und Wels hoffen aus diesem Aufnahmeprozess eine Verzeichnung der proletarischen Werbekraft, aber der Professor Lunow zweifelte in einem Zwischenruf während der Rede von Wels diesen Optimismus lebhaft an. Er befürchtet einen Abfall der sozialistischen Werbekraft. Nun das sind hässliche Sorgen, die die Arbeiterwelt wenig angehen. In Wahrheit dürfte der Sozialismus schon dadurch an Anhängerzahl verlieren, daß sich allenthalben zeigt, wie wenig eine sozialistische Wirtschaft uns zu retten vermöchte. Weber der Kommunist

mus, noch der Sozialismus haben, wo immer sie praktisch ihre Theorien ausprobieren könnten, etwas anderes erreicht, als den restlosen Nachweis, daß mit ihnen auch das einträglichste Unternehmen unwirtschaftlich wird. Vorläufig lebt die Sozialdemokratie auch nur von der Demokratie. Höchstens sind es noch die Wirtschaftsnöte, die ihr gedankenlose Anhänger zutreiben. Auf den Sozialismus stellen selbst die geschworenen Anhänger.

Wels hat in Augsburg ebenso wie Moses und Dittmann in Gera, sich scharf die Kommunisten aufs Korn genommen. Mit Recht hat man an beiden Orten die Moskauer Urteile aufs neue gebrandmarkt. Wels bekräftigte sich besonders ausführlich mit der dritten Internationale, hinter der die Kommunisten allein stehen. Er erklärte die dritte Internationale für ein Instrument des russischen Nationalismus, und den Kommunismus bezeichnete er als das hervorragendste Mittel der russischen Außenpolitik. In Gera sprach Dr. Moses von der kapitalistischen kommunistischen Partei, die in ihren Konzeptionsverträgen dem fremden Kapitalismus Vorkriegsfreiheit von allen Betriebsräten zusichert. Diese Vereinigung stellt gegen die Kommunisten ist verständlich. Nichts doch die kommunistische Agitation ihr ganzes Schwergewicht gegen die Sozialisten der verschiedenen Parteien. Die S.P.D. hofft auf Zugzug aus den Kreisen der Arbeiterklasse, die nicht mit in die Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands wollen. Sie hat es bequem, da der Kommunismus frei von jedem politischen Verantwortlichkeitsgefühl ist und nur die abgelaufene Demagogie in der Agitation kennt. Der bevorstehende schwere Winter läßt die Segel ihrer Possen schwellen. Die Kommunisten erheben eine neue Welle der Lüste. Aber die Partei der vereinigten Sozialisten wird sich darüber klar sein, daß alle Vorkriegsversuche die wirtschaftlichen Nöte nur vergrößern können. Eine ihrer Verantwortungen bewußte geeinte Sozialistenpartei kann tatsächlich im kommenden Winter politischen Einfluss auf die Massen nehmen. Aber ein geschäftliches Verantwortungsbewußtsein ist die strengste Voraussetzung dafür.

Der Völkerbundsanschluß im Augsburger sozialdemokratischen Parteitag.

Das bisher bemerkenswerteste politische Ereignis auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Augsburg war das Plädoyer des Reichstagspräsidenten Lohse für den Völkerbund gewesen und sein Antrag, die Reichsregierung dringend zu ersuchen, den Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund herbeizuführen. Als Lohse seine kurze Rede beendet hatte, klang ihm von den Tischen der Delegierten einmütiger Beifall entgegen, und an diesem Beifall beteiligten sich auch der Reichsjustizminister Völkner und der Reichswirtschaftsminister Schmidt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages zum mindesten scheinen alle für den Gedanken des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gewonnen zu sein, und die Vermutung liegt nahe, daß der Reichstagspräsident seinen Antrag nicht ohne vorherige Zustimmung mit dem Parteitag in Nürnberg einbringen wird. Er gewinnt dadurch an Bedeutung, daß Dr. Wirth, als Lloyd George ihn in Genua fragte, wie er sich zum Völkerbund stelle, antwortete, daß man nach der Entscheidung über Oberösterreich am besten tue, in Deutschland über den Völkerbund nicht zu sprechen. Von neutraler Seite ist in den letzten Monaten mehrfach der Versuch gemacht worden, die deutsche Regierung zu einer Revision ihrer Meinung gegenüber dem Völkerbund zu bewegen. Der letzte Versuch ist jüngst von Ranssen ausgegangen und man hört, daß Ranssen wieder in einigen Wochen nach Berlin kommen werde, um im Namen einiger neutraler Mitglieder mit Vertretern der Reichsregierung erneut eine Aussprache über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund herbeizuführen. Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteitages, auf dem der Antrag Lohse einstimmig angenommen wurde, verleiht den vermittelnden Verhandlungen eine scharfe und freundliche Resonanz.

Parteitag der U.S.P.D.

Scharfe Hege zum Klassenkampf.

Am Mittwoch nachmittag hat in der Tonhalle zu Gera der Parteitag der U.S.P.D. begonnen. Es waren Vertreter aus dem ganzen Reich erschienen. Am dem Tisch des Zentralvorstandes saß man auch zahlreiche Abgeordnete beider Parlamente; ferner eine Anzahl Delegierte aus dem Ausland. Die Einleitungsrede hielt der

Partei-Vorsitzende Crispian.

Er führte u. a. aus: Die Woche vom 17. bis 24. September werde in der Geschichte des Klassenkampfes ungleiche Bedeutung erhalten. Die beiden großen so-

zialistischen Parteien arbeiteten an der Einigung, die sich auch international auswirken werde. Der Kapitalismus schaffe die Vorbedingungen für den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder. Deutschland, das im Kriege viel verloren habe, das seine Kolonien nicht mehr besitze, das in der Zukunft behindert werde und sich mitten im schwersten Wirtschaftskampfe befinde, stehe vor dem Rückgang der Produktion. Die Not und die Teuerung haben ihre Hauptursachen in der passiven Handelsbilanz. Crispian fuhr dann fort: In Deutschland bereiten sich für die nächsten Wochen schwere Kämpfe vor. Die Großindustrie unter Führung von Stinnes unternimmt nach Zusammenritt des Reichstages einen Angriff auf die Regierung. Sie verlangt nicht weniger als vier Ministerposten, um die Herrschaft des Kapitals auf politischem Gebiet ebenso wie auf wirtschaftlichem Gebiet zu führen. Wir kennen den Stinnesvertrag, der an und für sich nicht ganz unrichtig ist, der aber die Auslieferung der deutschen Arbeiterklasse vorsieht. Ich kann mitteilen, daß die französischen und englischen Arbeitervertreter zusammengelassen sind, um über den Stinnesvertrag Beschlüsse zu fassen. Crispian griff dann die Reichsparteien scharf an, die sich zu einem Generalangriff auf die deutsche Arbeiterklasse formieren.

Aber auch die Kommunisten unter Führung Moskaus seien ebenso reaktionär wie ein bürgerlicher Reaktionär. Die Kommunisten, die angeblich die Einheitsfront verlangen, liefen scharf gegen die sozialistischen Regierungen Sturm (Pul-Rufe). Die Reaktion könne nur durch die Uebermacht des Proletariats geschlagen werden. Den heißesten Klassenkampf wolle gerufen, sei die vornehmste Aufgabe des Proletariats.

Der Krieg im nahen Orient.

In dem Havasbericht über den Verlauf der Sitzung der Orientkonferenz heißt es u. a.: Curzon drückte sein lebhaftes Ersauern über den Beschluß Frankreichs und Italiens aus, ihre Truppen vom Südrand des Mar-maromeres zurückzuziehen, und sagte, er sei der Meinung, daß der Beschluß nicht mit den Verträgen von 1914 und 1920 übereinstimme, die eine teilweise Besetzung türkischen Gebietes durch die alliierten Truppen unter britischem Oberbefehl vorsehen. Poincaré legte dar, daß diese Verträge auf den vorliegenden Fall nicht anzuwenden seien. Die französische öffentliche Meinung würde nicht gestatten, daß die französischen Truppen feindlich mit den türkischen Streitkräften zusammenstießen. Daher beschloß die französische Regierung, alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um eine friedliche Regelung im Orient zu erzielen. Die kaiserlichen Truppen hätten bisher Mäßigung geübt und in keiner Weise die Absicht zu erkennen gegeben, die Meerengen anzugreifen. Die Anwesenheit der militärischen Streitkräfte in dieser Zone könnte also in den Augen der Türken als eine Herausforderung erscheinen. England sei ebenso wie Frankreich, Italien, eine große mohammedanische Macht. Die türkische Haltung würde in der Welt des Islams leicht kriegerische Auswirkungen haben. Darum seien die Alliierten daran interessiert, eine Lösung nicht mit Waffen, sondern durch diplomatische Besprechungen zu erzielen. Storga verteidigte namens der italienischen Regierung den gleichen Standpunkt. Hierauf kam es ohne Schwierigkeiten zwischen den drei Delegierten zu einer Übereinstimmung darüber, daß es nötig sei, sobald wie möglich eine Konferenz einzuberufen, um die Friedensbedingungen im Orient zu regeln. Als Ort der Konferenz wurde auf Vorschlag Storgas Venedig ins Auge gefaßt. Havas fügt hinzu, daß die Regierungen Belgrads und Bukarests völlig mit denen von Paris und Rom übereinstimmen. Voraussetzungen würden die Außenminister der alliierten Mächte an der geplanten Konferenz teilnehmen. Rußland befindet sich nicht unter den eingeladenen Mächten.

Feindliche Akte.

Der Generalmajor Sir Frederic Maurice Daniels, der türkische Kavallerie an der Grenze der neutralen auf der asiatischen Seite der Dardanellen nehme an Stärke zu. Die türkischen Streitkräfte sammeln sich nach und nach und würden zu einer Befreiung der Besetzung der asiatischen Küste. Kemal Pascha berief die Minister von Angora nach Smyrna, wo eine Sitzung über die Frage: Krieg oder Frieden? stattfinden sollte. Die Nervosität und Besorgnis der christlichen Bevölkerung Konstantinopels nehme zu. Der Generalmajor erklärte nachdrücklich, bei der augenblicklichen Stimmung der Mohammedaner könnte die Räumung von Jamb und Tschana im gegenwärtigen Augenblick Folgen haben, vor denen der Brand von Smyrna verblasst würde. Der Oberbefehlshaber Sir Charles Dering-

la 2^a pagina

